

DEBATTE

CHRISTIAN FLECK
über die Folgen des griechischen
Bankrotts und die Medien



Wer sich freuen darf

Die Toten von Athen ließen noch am selben Abend Verschwörungstheorien sprießen. Der ORF-Reporter verbreitete sie, wohl mangels Sprach- und Recherchekompetenz: Reiche hätten ihre Steuerfahndungsakten verschwinden lassen wollen. So weit, so schlecht – für den ORF.

Die „Rettung“ Griechenlands wird seit Wochen wenig plausibel erklärt. Einigkeit scheint nur darüber zu herrschen, dass es sich im Kern um eine Schuldenkrise handelt. Für den Fall eines Staatsbankrotts gibt es seit Langem ein probates Gegenmittel: Abwertung der Landeswährung. Das trifft die ausländischen Gläubiger und schon die einheimische Bevölkerung, jedenfalls mehr als im Fall von Sparpaketen. Dafür trommeln die deutsche BILD, BZÖ und FPÖ. Das allein hindert wohl viele, diese Lösung auch nur in Erwägung zu ziehen. Doch wäre sie so falsch? Was wäre, wenn Griechenland am 1. Mai aus dem Euro ausgetreten wäre und irgendwann wieder um Aufnahme ansucht?

Die Sanierung Griechenlands würde ohne internationale Kontrolle der EU-Kommission und des Währungsfonds stattfinden und würde wohl ebenso schlampig erfolgen wie seinerzeit die Erstellung der Statistiken, die zur Aufnahme Griechenlands in den Euro führten. Wie man seit Langem weiß, waren damals die Zahlen gefälscht.

Man darf also getrost annehmen, dass die griechische Regierung ein Interesse daran hat, unter Kuratel zu sanieren. Da kann man der eigenen Bevölkerung mehr abverlangen und

doch die Schuld anderen geben. Das – die jetzige Sanierungsvariante – hat außerdem den nicht unwillkommenen Nebeneffekt, dass die Schulden bezahlt werden und sich die (Finanz-)Investoren freuen dürfen. Ihr Risiko bezahlen „wir“.

Das freut aber auch die anderen Mitglieder der PIIGS Gruppe, wie die maroden EU-Staaten Portugal, Griechenland, Italien, Irland und Spanien neuerdings genannt werden, weil sie darauf zählen dürfen, dass auch ihnen und ihren Gläubigern geholfen werden wird.

Klammheimlich freut es auch den deutschen Exportweltmeister, wenn dank des in Gerede

DIE THESE

Eine Europäische Wirtschaftsregierung ist nach Griechenlands Bankrott besser argumentierbar.

kommenen Euros dessen Kurs ein wenig nachgibt und deutsche Exporte damit billiger werden. Und – nicht zu vergessen – dürfen sich schließlich die Europäische Kommission und der Währungsfonds darüber freuen, dass ihr Einfluss und ihre Kontrolle größer werden. Die „Europäische Wirtschaftsregierung“ ist nach Griechenlands Bankrott weitaus besser argumentierbar und der IWF kann für seine Kontrollrollen schon einmal in Athen Zimmer reservieren.

Derweilen wird sich die Aufmerksamkeit der Medien vor allem der ausführlichen Schilderung der Ausschreitungen vom Mittwoch widmen und kein Journalist wird sich bemühen müssen, die komplizierten ökonomischen Zusammenhänge zu erklären, die Griechenlands Schuldenkrise erklären könnten.

Christian Fleck lehrt Soziologie an der Universität Graz

LESERBRIEFE DES TAGES

EU-Milliarden für Dolmetscher

Deutsch soll in der EU aufgewertet werden. Das freut unsere Leser, aber mit Einschränkungen.

Debatte: „Eine Lanze für die deutsche Sprache“, S. 5.

Natürlich stimme ich als diplomierte DaF-Trainerin (Deutsch als Fremdsprache) dem Gastautor zu, dass es wünschenswert wäre, wenn Deutsch zur Arbeitssprache innerhalb der EU erhoben würde. Das würde unsere Sprache aufwerten und neue Arbeitsplätze schaffen.

Ein Bologna-Ziel ist ja auch, dass jedes Pflichtschulkind in Europa die Möglichkeit haben soll, zusätzlich zur Muttersprache zwei andere EU-Sprachen zu erlernen. Ein hehres Ziel in einem Land, in dem es für fremdsprachige Kinder nur Kindergartenplätze gibt, wenn die Mutter berufstätig ist.

Gleichzeitig orte ich aber, wie Caritas-Präsident Küberl, Ratlosigkeit im Bezug auf die Integration fremdsprachiger Menschen in Österreich. Ich empfehle daher, mit gleichem Maß zu messen. Der Grund für die Nachfrage nach Deutschtrainern ist die Pflicht der Fremden, die hier le-

ben und arbeiten wollen, Deutsch zu lernen.

So ergibt sich für mich auch logischerweise für Politikerinnen und Politiker, die in der EU leben und gar in Brüssel mit ihren EU-Kollegen arbeiten wollen, wohl gleichermaßen die Pflicht, die Arbeitssprache zu lernen. Aber wie beim Staatsbürgerschaftstest haben unsere politischen Repräsentanten keine Scheu, von anderen zu verlangen, was sie selbst nicht bereit sind zu leisten.

Eva Surma, Leitring

Übersetzungen sind teuer

Es klingt gut, wenn der Debatten-Autor meint, Deutsch verdiene es, in der EU endlich als dritte Arbeitssprache anerkannt zu werden. Denn man macht leider der Öffentlichkeit auch falsch glauben, dass das Englische die einzige Möglichkeit bietet, der Herausforderung der Mehrsprachigkeit zu begegnen. In Wahrheit aber gibt die EU für ihre mehr als 2.500 Dolmetscher jährlich 1,1 Milliarden (!) Euro bei 23 Amtssprachen mit 506 notwendigen Übersetzungen aus. Und die Wahl des Englischen als beherrschende Sprache war niemals Gegenstand einer demokratischen Entscheidung.

Mit ihren nur 16 Regeln, die auf einer kleinen Visitenkarte Platz haben wäre die internationale Hilfssprache Esperanto dem Englischen weit überlegen und ihr Erlernen erfordert in wenigen Monaten viel weniger Mühe als alle andere Sprachen. Englisch aber räumt – wie jede andere Nationalsprache auch – den Muttersprachlern einen falschen rhetorischen Vorsprung ein. Univ. Doz.

Dr. Heinz-Paul Kovacic, Graz

LIEBE IST ...



... eine kleine Nackenmassage.